

Horst Schneider

# Über die Produktion falscher Geschichtsbilder

Vladimiro Giacché

## Erkenntnis oder Delegitimierung?



## **INHALT**

<b>Horst Schneider</b>	1
Über die Produktion falscher Geschichtsbilder und die Notwendigkeit, sie zurückzuweisen	
<b>Vladimiro Giacché</b>	7
Erkenntnis oder Delegitimierung?	

Horst Schneider

# Über die Produktion falscher Geschichtsbilder und die Notwendigkeit, sie zurückzuweisen

Das Thema „Geschichte und Gegenwart“ hat Hochkonjunktur. Zu den ersten Fragen gehört: Gibt es einen objektiven dialektischen Zusammenhang zwischen geschichtlicher Vergangenheit und aktueller Politik? Spiegelt sich diese Dialektik in der „Erinnerungsschlacht“ wider? Wie nehmen Politiker, zumal marxistisch gebildete Linke, diesen Widerspruch wahr?

Ein Beispiel: Hans Modrow kam in der „jungen Welt“ vom 27./28. Juli 2013 zu Wort: „Parteien und Gesellschaften haben ... historische Wurzeln. Die deutsche Linke muß etwas verstehen: Will sie als Partei existieren, weiter wachsen, im gesellschaftlichen Leben einen festen Platz haben, dann geht das nicht ohne Wurzeln und auch nicht ohne Kenntnis von geschichtlichen Zusammenhängen ... Wer glaubt, daß wir irgendwas gewinnen, wenn wir uns auf eine Geschichte, die nur sechs Jahre seit der Gründung der Linkspartei umfaßt, einlassen, irrt gewaltig. So wachsen weder Erkenntnisse noch Erfahrungen, und so können Generationen nicht zusammengehen.“ Hans Modrow betrachtet die Nutzung der historischen Erfahrungen als Bedingung für die Existenz seiner Partei.

Da der Geschichtsverlauf nach wie vor von den Kämpfen der Klassen geprägt ist und auch auf dem Gebiet der Ideologie geführt wird, besteht der Zusammenhang zwischen Vergangenem und Gegenwärtigem objektiv. Der Bourgeoisie ist diese Erkenntnis in Fleisch und Blut übergegangen, und sie setzt ihre Machtinstrumente ein, um ein Geschichtsbild zu erzeugen und durchzusetzen, das ihren Klasseninteressen dient. Sie tut das ungeniert, sogar mit Hilfe von Parlamentariern und Gesetzen. Seit Jahren organisieren sie die „Erinnerungsschlacht“<sup>1</sup>, in deren Mittelpunkt die Verteufelung des Sozialismus steht. Der Fraktionschef der SPD in der letzten Volkskammer von 1990 und jetzige Theologieprofessor an der Humboldt-Universität, Richard Schröder, plauderte schon 1995 aus, daß es um die „Vereinigung unserer Geschichten“ gehe.<sup>2</sup> Wie könnte der gemeinsame Nenner aussehen?

Die Aufgabe, die Schröder stellt, ist unlösbar. Geschichte ist Vergangenes, Geschehenes, Unkorrigierbares, ob es der Reichstagsbrand oder die Leipziger Montagsdemonstrationen sind. Gestritten wird um ihre *Wertung*, um das *Geschichtsbild*, die Erinnerungspolitik.

Schon Churchill wußte: Wer ein Geschichtsbild wünscht, das ihm sympathisch ist, muß es selbst liefern. Und Churchill schrieb eine sechsbändige Geschichte des zweiten Weltkriegs („The Second World War“) – u. a. dafür erhielt er 1953 den Nobelpreis für Literatur. Napoleon Bonaparte wird der Satz zugeschrieben: „Das objektive Bild der Geschichte ist immer die Summe der

Lügen, auf die man sich nach dreißig Jahren geeinigt hat.“ Der Bundestag und das Europaparlament haben nicht dreißig Jahre gewartet. Die Eppelmann-Kommission glaubte, mit Gottes Hilfe Licht in das Labyrinth der jüngsten Geschichte bringen zu können. Das Europaparlament verabschiedete am 2. April 2009 das Dokument „Europas Gewissen und der Totalitarismus“. Das Abstimmungsergebnis lautete: 553 Abgeordnete stimmten mit ja, 44 mit nein, 33 enthielten sich der Stimme. Mit „überwältigender Mehrheit“ wurde beschlossen, daß alle Europäer sich an den 23. August 1939 erinnern sollen. Das war der Tag, an dem Hitlerdeutschland und die Sowjetunion den Nichtangriffspakt abgeschlossen haben. Dieser Pakt sei die teuflische Ausgeburt zweier totalitärer Systeme und die Ursache für den zweiten Weltkrieg und seine Folgen gewesen. Ich habe die Zielsetzung des Dokuments analysiert.<sup>3</sup>

Die Ironie dabei: In den 14 „Erwägungen“ des Dokuments wird erwähnt, „daß Historiker darin übereinstimmen, daß völlig objektive Auslegungen historischer Tatsachen nicht möglich sind und daß es keine objektive Geschichtsschreibung gibt“.<sup>4</sup> Was nicht möglich ist, verlangen die Abgeordneten in Strasbourg. Ein Witz?

Anfang Juni 2013 faßte die Bundestagsmehrheit einen Beschluß, dessen Entwurf Merkels Kulturstaatssekretär Bernd Neumann im Januar 2013 vorgelegt hatte: „Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur“.<sup>5</sup> In der Drucksache, die 116 Seiten umfaßt, geht es nicht nur um die Beziehungen der Geschichte der DDR zur Gegenwart, nicht nur um die Verteufelung des „Unrechtsstaates“, sondern um den staatlich verordneten „antitotalitären“ Konsens für alle Zukunft. Im (provisorischen) Grundgesetz wird die Freiheit der Wissenschaft verkündet, aber die Bundestagsmehrheit kennt und beschließt, was Historiker erst erforschen sollen. Abgeordnete beschließen, daß Politik für die Zukunft und Erinnerung an die Vergangenheit nicht ureigenste Sache jedes Bürgers ist, sondern der Obrigkeit.

Die CDU-geführte Mehrheit tut so, als wüßte sie – vielleicht vom lieben Gott? – die historische Wahrheit und den weiteren Verlauf der Geschichte. Das zwingt zu weiteren Fragen und Einwänden.

Es gibt für Marxisten im Geschichtsbild relative Wahrheiten, die in der Praxis immer wieder zu überprüfen sind. Ich wähle (absichtlich) ein Stalin-Zitat. „Väterchen“ Stalin sagte zum Schriftsteller H. G. Wells am 23. Juli 1934: „Die Kommunisten stützen sich auf reiche historische Erfahrungen; diese Erfahrungen lehren, daß eine verbrauchte Klasse nicht freiwillig von der Bühne der Geschichte abtritt.“ Gilt das noch?

Über historische Wahrheiten gibt es unterschiedliche Meinungen. Während Goethe seine Lebensbeichte „Dichtung und Wahrheit“ nannte, Walter Janka seine „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ beschrieb, Karl Wilhelm Fricke, der Scharfrichter über die DDR-Justiz, sich „der Wahrheit verpflichtet“ fühlt, verkündete Kurt Biedenkopf an der altehrwürdigen Prager Karls-Universität am 18. April 1995: „Objektive historische Wahrheiten, denen sich alle vorbehaltlos ein- und unterordnen können, gibt es in der menschlichen Erkenntnis nicht.“<sup>6</sup>

Kofi Annan erklärte als Generalsekretär der UNO: „Man kann aus der Geschichte lernen; ohne einen Sinn für Geschichte kann niemand die Zukunft planen. Wer aus der Geschichte lernt, braucht sie nicht zu wiederholen.“<sup>7</sup> Die Frage ist nun: *Wer* lernt *was* aus der Geschichte? Es gibt nicht wenige, die behaupten, daß die Menschheit aus der Geschichte keine Lehren ziehe. Günter Grass schrieb in seiner Novelle „Im Krebsgang“: „Die Geschichte, genauer, die von uns angerührte Geschichte, ist ein verstopftes Klo. Wir spülen und spülen, die Geschichte kommt dennoch hoch.“<sup>8</sup> Etwa wie Jauche aus der Grube?

Angesichts so vieler Erklärungsversuche über Geschichte und Geschichtsbild ist es wohlthuend für Marxisten, daß sie die Erkenntnisse des historischen Materialismus nutzen können.<sup>9</sup>

Die marxistische Geschichtsschreibung ist bestrebt, Gesetzmäßigkeiten und relative Wahrheiten im Geschichtsablauf zu erkennen, um das eigene Handeln auf wissenschaftliche Grundlagen zu stellen. Eine solide Analyse des Geschehens ist Bedingung für eine wissenschaftliche Politik. Marx und Engels haben glänzende Beispiele geliefert, z. B. bei der Analyse der Pariser Kommune. Diese Analyse könnte das Beispiel für die Methodologie sein, mit der die Geschichte der DDR und ihr Untergang analysiert werden. Es bleiben Erkenntnisse über das Wesen und die Triebkräfte kapitalistischer Entwicklung, über die Ursachen von Kriegen und Aggressionen, die imperialistischen Wurzeln faschistischer Diktaturen. Wer 1989/90 sein Waffenarsenal weggeworfen hat, kann kein gebildeter Marxist gewesen sein. Die marxistische Dialektik ist für uns unverzichtbar. Wir wollen verallgemeinern: Welche Geschichtsphilosophie auch immer betrachtet wird, seit den überlieferten Arbeiten der Griechen Herodot und Thukydides, des Römers Tacitus bis zu unseren bundesdeutschen Zeitgenossen Karl Ritter und Richard Schröder war und ist das Geschichtsbild stets Teil und Instrument der Politik. Franz-Joseph Strauß belehrte seine Gefolgsleute: „Jede Politik muß gründen auf geschichtlicher Erfahrung, politischer Vernunft und sittlichem Empfinden. Geschichtliche Erfahrung bedeutet ... Berücksichtigung der geostrategischen und machtpolitischen Situation.“<sup>10</sup>

Richard von Weizsäcker formulierte diese Erkenntnis so: „Beschäftigung mit Geschichte ist immer beeinflusst von den Kämpfen und Zielen der Gegenwart. Sie ist dem politischen, sozialen und ideologischen Streit der heutigen Zeit ausgesetzt.“<sup>11</sup>

Dasselbe meinte auch Goethe, als er seinem „Faust“ in den Mund legte:

Was ihr den Geist der Zeiten heißt,  
Das ist im Grund der Herren eigner Geist,  
In dem die Zeiten sich bespiegeln ...

Die wenigen, die was davon erkannt,  
Die töricht genug ihr volles Herz nicht wahrten,  
Dem Pöbel ihr Gefühl, ihr Schauen offenbarten,  
hat man von je gekreuzigt und verbrannt.

Was Goethe und Richard von Weizsäcker zu unterschiedlichen Zeiten und in differenzierter Sicht formulierten, begegnet uns heute täglich als Zeitgeist. Aber er zwingt zu fragen: Wer organisiert den „Zeitgeist“? Ist Ziel und Zweck erkennbar? Wie wird denn heute „gekreuzigt“?

Für diejenigen, die – wie Helmut Kohl – davon ausgehen, daß Gott alles lenkt, oder meinen, selbst einen „Zipfel vom Mantel der Geschichte“ zu erwischen, stellen sich die genannten Fragen nicht. Sie danken der „Göttin der Geschichte“ für ihre „Geschenke“. Aber zugleich diktieren sie eine „Aufarbeitung“ der Geschichte, die ihre Sicht zum alleinseligmachenden Geschichtsbild bestimmt. An dieser Stelle möchte ich warnend ein Zitat Richard von Weizäckers aus seiner berühmten Rede vom 8. Mai 1985 verwenden: „Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.“<sup>12</sup> Das ist ein Schlüsselsatz für unser Thema. Wir sollten aber präzisieren: Beim heutigen Streit geht es nicht um Geschichte, sondern stets um das *Geschichtsbild*. Ich komme später auf die Frage zurück. Geschichte hinterläßt ein Erbe, das so schlimm aussehen kann wie das faschistische Erbe in Deutschland 1945.

Erbe ist nicht identisch mit Tradition und Traditionspflege, die jeweils von Politik und Politikern bestimmt werden. Bundespräsident Roman Herzog sah das so: „Tradition ist nicht die pauschale Fortsetzung der Geschichte. Tradition ist die Auswahl von Menschen, von Worten, Haltungen und Taten, die als beispielgebend bewertet werden. Tradition heißt Überlieferung von Werten in diesem Sinne und dient in genau diesem Maße auch der Erziehung von Menschen.“<sup>13</sup> Hier stoßen wir auf ein neues Feld der Auseinandersetzung. Wolfgang Schäuble gab als Innenminister im Oktober 1990 vor, welche Namen auf Straßen und Plätzen im eroberten Osten getilgt werden sollten. Der Streit geht weiter. Was soll mit der „Tradition“ à la Roman Herzog und der Bilderstürmerei Schäubles erreicht werden? Vor allem die Tilgung der Erinnerung an den Kommunismus, anders formuliert, ein antikommunistisches Geschichtsbewußtsein mit entsprechenden Gefühlen und Verhaltensweisen. In der politischen Bildung wird diese Aufgabe definiert.<sup>14</sup>

Wir stellen fest: Für Apologeten der Bourgeoisie sind „Traditionen“ und „Wahrheiten“ (wie die Auswahl von Heiligen durch den Papst) subjektive Entscheidungen, die der aktuellen Politik dienen. Der Faschismus sei ein „Betriebsunfall“, den Hitler verursacht habe, die Gründung der SED bleibt allen Tatsachen zum Trotz „Zwangs“-Vereinigung, der 17. Juni sei ein Volks(Arbeiter-)aufstand gewesen und die DDR ein „Unrechtsstaat“. Die Konterrevolution 1989/90 erhielt den Stempel „friedliche Revolution“. Der verordnete Begriff nimmt die politische Wertung vorweg.

Wenden wir uns nun einigen Aspekten des regierungsoffiziellen Diktats des vorherrschenden Geschichtsbildes zu.

*Wer diktiert das Geschichtsbild?*

Beschlüsse des Europaparlaments und des Bundestages habe ich erwähnt. Daß Leute wie Joachim Gauck Wanderprediger der Rache an der DDR sind, ist dokumentiert. Seine Reden in Bautzen sind das Gegenteil dessen, was Richard von Weizsäcker dort geschrieben hat.<sup>15</sup> Wie Joachim Gauck mit Fakten umspringt, soll ein Vorfall zeigen. Am 9. November 1999 durfte er im Bundestag reden: „Während ich Sie, George Bush begrüße,

schaute über Ihre Schultern Martin Luther King, von dem wir hier im Osten 1989 gelernt haben, ohne Gewalt mächtig zu werden. Während ich Sie, Michail Sergejewitsch Gorbatschow, anspreche, schaut Ihnen Andrej Sacharow über die Schulter mit seiner Fähigkeit, Denken und Widerstehen zusammenzubringen.“<sup>16</sup> Die Gauckianer und Eppelmänner als Schüler Martin Luther Kings? Die Kanzlerin hat am 13. August 2013 Lehrerin gespielt und festgelegt, wie dieser Tag im Unterricht zu behandeln sei. In ihrer Arbeit „Die DDR im Geschichtsbewußtsein der Deutschen“ bestimmt sie: „Die DDR war eine Diktatur. Da gibt es gar nichts zu diskutieren. Man kann deshalb den Menschen nicht weismachen, daß die DDR ein Rechtsstaat gewesen sei. Sie war ein Unrechtsstaat.“<sup>17</sup> Basta! Wer wird der Kanzlerin widersprechen? Helmut Kohl legte Historikern (so am 3. Juli 2003 den Totalitarismusforschern des Hannah-Arendt-Instituts) ans Herz, ihre Arbeit auf den 20. Juli 1944, den 17. Juni 1953 und den Herbst 1989 zu konzentrieren.<sup>18</sup> Welche Überfülle an Literatur es zu diesen Themen bereits gibt, schien Kohl nicht zu wissen. Kurt Biedenkopf gab Mitarbeitern des Hannah-Arendt-Instituts den Auftrag, den „Giftmord“ am ersten sächsischen Nachkriegsministerpräsidenten Dr. Rudolf Friedrichs zu „erforschen“, einen „Mord“, den es nie gegeben hat.

Als das Buch in den Druck ging, wußten auch die Autoren, daß sie in die (hoch dotierte) Rolle eines Lügenbarons geschlüpft waren. Sie kannten meine Recherche.<sup>19</sup>

Ich breche hier die Aufzählung der Beispiele ab, die beweisen, daß Politiker ungeniert die Rolle von Kommandeuren in der „Erinnerungsschlacht“ übernehmen und Clio öffentlich vergewaltigen.

Marxistische Bildung kann sich jedoch mit der Aufzählung von Beispielen nicht begnügen. Aus den Fakten ergeben sich weitere Fragen, u. a.: *Was soll im Mittelpunkt des Geschichtsbildes stehen, das Gauck und Merkel verordnen?*

Das ist zweifellos die Verteufelung der DDR als „totalitäre Diktatur“ und „Unrechtsstaat“ und deren Gleichsetzung mit dem Dritten Reich. Justizminister Kinkel hatte „unabhängigen“ Richtern befohlen, die DDR mit den Mitteln der Siegerjustiz zu delegitimieren. Das ist weitgehend gescheitert. Die niederträchtigen Verleumdungen der DDR durch Totalitarismusforscher sind noch nicht gestoppt.

Der fürchterliche Tatbestand: Aus dem Vermächtnis der Antifaschisten „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ wurde in einem Salto mortale der Gaucks der „antitotalitäre Konsens“ und die „humanitäre Intervention“.

Wer den Weg nachprüfen will, den verweise ich auf die Arbeitsergebnisse der beiden Eppelmann-Kommissionen. (Eppelmann war „Chefpazifist“ in der DDR, Verteidigungsminister der letzten DDR-Regierung und schließlich Oberbefehlshaber über die verbeamteten Geschichtsdeuter.) Der Bundestag war Auftraggeber für die Veröffentlichungen, die 18 Bände mit 15 000 Seiten umfassen. Der Inhalt ist die Direktive für das Geschichtsbild in der Schule und den Medien. Beherrschend für das Geschichtsbild ist die Totalitarismuskonzeption, deren Teil das Spiel mit dem Begriff Stalinismus ist. Diese Begriffe haben ihre Geschichte, Funktion und Wirkung.

Es war der gebildete Marxist Alexander Abusch, der in „Irrweg einer Nation“ Anfang der 50er Jahre die Totalitarismuskonzeption einen „vergifteten Dolch“ nannte. Gerhard Lozek war der erste DDR-Historiker, der 1963 zum Thema promovierte, ich habe zur gleichen Zeit den Beschluß der bundesdeutschen

Kultusminister zum „Totalitarismus im Unterricht“ analysiert. Die Doktrin existierte also schon vor 1989. Aber erst nach der „Wende“ wurde sie zur verordneten Staatsdoktrin.<sup>20</sup> Manche Totalitarismusforscher scheinen allmächtiger als der liebe Gott zu sein. Sie wollen und können ein Geschichtsbild malen, das mit dem wirklichen Ablauf der Geschichte nichts mehr zu tun hat. Sogar Lothar de Maizière, Stanislaw Tillich, Manfred Stolpe und andere haben gelegentlich bemerkt, daß sie nicht in jener DDR gelebt haben, deren Höllencharakter heute erfunden wird. Totalitarismusforscher können natürlich nur „forschen“, wenn sie Fakten klittern oder willkürlich interpretieren, Begriffe erfinden, die den Sachverhalt verschleiern und zur Lüge greifen. Sie nehmen den Vorwurf, „Lügenbarone“ zu sein, widerspruchslos in Kauf, wie ich aus meinen Erfahrungen weiß. Mein erstes Buch nach 1990 galt Kurt Biedenkopf. Mit Dr. Michael Richter vom Hannah-Arendt-Institut und Dr. Hubertus Knabe, dem Chef des „Gruselkabinetts“, habe ich die Klinge gekreuzt. Und Veronika Ferres, welche die „Frau vom Checkpoint Charlie“ verkörperte, hat sich über meine Enthüllung der Lügenstory nicht gefreut.<sup>21</sup>

Manche Politiker der Linkspartei ahnen etwas von der negativen Wirkung, die von der Totalitarismuskonzeption ausgeht. Gregor Gysi schrieb im „neuen deutschland“ vom 11. Januar 2011: „In der alten Bundesrepublik wurde Kommunismus mit Stalin, Mauer und Todesopfern in Verbindung gebracht. Wenn man das ignoriert, isoliert man sich.“ Diese Stereotype sind mit dem Ende der DDR nicht verschwunden. Müssen nun „Linke“ ihre Vergangenheit verleugnen und mit den antikommunistischen Wölfen heulen?

Einer der Totalitarismusforscher, Hermann Lübke, hat seinen Lesern mitgeteilt: „Begriffe sind weder wahr noch falsch. Sie sind vielmehr zweckmäßig oder unzweckmäßig.“<sup>22</sup> *Zu welchem Zweck? Wer entscheidet? Darf auch ein bißchen Wahrheit dabeisein?*

Fragen wir bei Historikern nach, die sich für die Adenauer-Stiftung verdingen. Einige veröffentlichten 2003 das Werk „Geschichtsbilder. Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945“.

In diesem Buch erläuterte Jörg-Dieter Gauger, wie vielfältig das *Geschichtsbild* – nicht die Geschichte – als vergiftete Waffe einsetzbar ist: „Mit Geschichte lassen sich Skandale kreieren, die Welt in ‚anständig‘ und ‚unanständig‘ aufteilen, in ‚gut‘ und ‚böse‘, lassen sich Debatten inszenieren, die über Wochen die Feuilletons beschäftigen und mediale Präsenz ermöglichen. Mit Geschichte läßt sich von den ‚harten‘ Problemen, die Detail und Umsetzung erfordern, ablenken zugunsten geistesgeschichtlicher Großwetterlagen, in die man Zeitdiagnostisches nach Belieben einspeisen kann.“

Denn ihr Potential ist für alles gut: für das falsche Zitat, die unzutreffende Parallele, für das gewollte Mißverstehen, den übertriebenen Vergleich, für vermeintliche Ursache und unterstellte Wirkung, für Ästhetik und Moral, für Vorbild, positiv oder negativ, für die Sehnsucht nach ‚historischer‘ Verortung angesichts zunehmender Innovationsdynamik, gar nach ‚Identität‘.“<sup>23</sup> Bitte auf ein Wort achten! Das alles kann nicht die *Geschichte*. Das können nur Leute, die Clio zur Hure machen. Einige habe ich genannt.

Nun müßte eine Analyse folgen, die zeigt, wie das Rezept der Autoren der Adenauer-Stiftung umgesetzt wird. Wer Beispiele möchte, den verweise ich mit Respekt auf Klaus Huhns Arbei-

ten im Spotless-Verlag. Auch die „junge Welt“ stellt sich die Aufgabe, zu enthüllen, wie „sie“ lügen. Unsereins stutzt. Kann es Leute geben, die trotz biblischer Gebote bewußt lügen? *Wer genehmigt welche Lügen?*

Ich gestehe, daß ich mehr als überrascht war, als ich in den 70er Jahren im Protokoll des Bundestages las, daß der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt am 17. Januar 1977 im Bundestag das „Recht auf Lügen“ zum Wesensmerkmal der Demokratie erhob, das es in der DDR nicht gäbe: „Im übrigen ist es ja so, daß in Brüssel genauso wie in Frankfurt, genauso wie in Bonn, aber anders als in Ostberlin die Journalisten schreiben dürfen, was sie für richtig halten, auch wenn es falsch ist. Sie dürfen sogar etwas schreiben, von dem sie wissen, daß es nicht richtig ist. Das soll auch so bleiben.“ Und wo bleibt das biblische Gebot? Ist Wahrheitsliebe etwas Negatives?

Wir Bürger der DDR, die wir eine entsprechende Biographie auf dem Buckel haben, spüren seit 1990 das Wirken antiker Göttinnen in besonderer Weise. Die Justitia der Sieger ist zumindest auf einem Auge blind, wenn sie zuläßt, daß gesetzeskonformes Verhalten in der DDR heute kriminalisiert wird und Terroristen vom Typ Burianek per Gerichtsbeschuß in ehrenwerte Helden des Widerstands verwandelt werden. Justitia, die solcherlei Geschehen ungerührt zusieht, hat allerdings einen Verbündeten: Clio, die Muse der Geschichte. Welche erstaunlichen Ergebnisse entstehen, wenn die einäugige Justitia und die käufliche Clio sich verbinden, zeigt sich besonders deutlich im Wirken Professor Dr. Jesses, eines der führenden Totalitarismusforscher. Einer seiner Sätze aus dem Jahre 1992: „Die Parallelen zwischen den beiden deutschen Diktaturen liegen auf der Hand. Die Verbrechen im Dritten Reich richteten sich in erster Linie gegen andere Völker, die in der DDR gegen die eigene Bevölkerung ...“

Das ist praktisch! Jesse prüft gar nicht erst, *was*, *wann* und *warum* geschehen ist, sondern er klagt öffentlich an und ernennt sich auch gleich selbst zum Richter.<sup>24</sup> Er folgt damit den Gaucks und Eppelmännern. Und er bestätigt den Satz Bertolt Brechts: „Immer noch schreibt der Sieger die Geschichte der Besiegten, dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge.“ Der Schwächere geht aus der Welt, nicht der Bessere. Er stößt uns mit der Nase auf eine neue Frage, die wir heute nicht beantworten können. Über Sieg und Niederlage entscheidet in Kriegen und im Kampf der Klassen vor allem das Kräfteverhältnis.

Dieser Kampf DDR – BRD war nicht ein Kampf zwischen Demokratie und Diktatur, Freiheit und Tyrannei, sondern zwischen Imperialismus und Sozialismus. Das ist auch auf dem Feld der „Erinnerungspolitik“ so. Es dürfte für gebildete Marxisten von Nutzen sein, Marx und Engels (auch Lenin schadet nicht) wieder zu lesen.

Ich zitiere zweimal Marx/Engels: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich die herrschende *geistige* Macht.“<sup>25</sup> Im Hinblick auf die bürgerliche Ideologie erklärte Marx, daß es für die Apologeten des Kapitals unwichtig sei, ob dieses oder jenes Theorem wahr sei oder nicht, sondern ob es dem Kapital nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem, polizeiwidrig oder nicht erscheint. „An die Stelle uneigennütziger Forschung trat bezahlte Klopffechterei, an die Stelle unbefan-

gener wissenschaftlicher Untersuchung das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik.“<sup>26</sup>

Die Marx-Zitate helfen uns, den Kreis zum „Neumann-Bericht“ und zur Totalitarismusforschung zu schließen. Blicken wir zunächst auf die quantitative Seite der Produktion des bürgerlichen Geschichtsbildes.

An der „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte beteiligen sich mehr als 1200 Forschungsprojekte, deren Ergebnisse Bibliotheken füllen, etwa 250 Archive und Bibliotheken, rund 150 Institutionen der politischen Bildung, 65 Gedenkstätten und Museen, 20 Fachzeitschriften. Allein am Hannah-Arendt-Institut in Dresden sind ca. 130 Bücher entstanden.

Wir sehen: Die in der BRD Herrschenden setzen bei ihrem Feldzug gegen das „Gespenst“ DDR eine unglaubliche Streitmacht mit riesigem personellem und finanziellem Aufwand ein, für den der Steuerzahler aufzukommen hat. In dieser Aufzählung sind Fernsehdokumentationen, Filme, Verlage und Schulbücher (zur DDR-Geschichte über 60) nicht enthalten.\*

Eine exakte Gesellschaftsanalyse, die den Bürgern ein vernünftiges Handeln ermöglicht, das ihren Interessen entspricht, wird von Totalitarismusforschern nicht erwartet und nicht geleistet. Für sie liegt das Ergebnis der „Forschung“ fest, ehe die Untersuchung beginnt: Die DDR war des Teufels, die BRD das christlich-abendländische Musterlände. Der Belesene kennt vielleicht Heinrich Heine: „Es gibt Spiegel, welche so verschoben geschliffen sind, daß selbst ein Apollo sich darin als eine Caricatur abspiegeln muß ...“<sup>27</sup>

Wenn wir als Marxisten gegen die feindliche Übermacht kämpfen wollen, brauchen wir mancherlei Tugenden: Prinzipientreue. Zivilcourage und Standfestigkeit gehören dazu. Wenn wir uns an die dialektische Methode von Marx und die Ratschläge von Brecht für Revolutionäre halten, kann einiges gelingen. Ich halte es für unanständig, die weiße Fahne zu hissen oder überzulaufen. Wir haben die Tradition der Bebel, Luxemburg, Liebknecht und Thälmann fortzusetzen.

Wir haben das Kräfteverhältnis auch in der „Erinnerungsschlacht“ nüchtern einzuschätzen. Die Konterrevolution 1989/90, der Totalitarismusforscher das Etikett „friedliche Revolution“ aufklebten, hat die Reihen marxistischer Historiker arg dezimiert, zunächst durch den Verlust des Arbeitsplatzes. Ein Kuriosum: Die Totalitarismuskonzeption behauptet u. a. die gleiche Gefährlichkeit totalitärer Ideologien.

Aber die Historiker des Dritten Reiches vom Typ Karl Ritter waren in der BRD unentbehrlich wie Globke. 1990 dagegen verlangte die Rollback-Politik der Sieger die Zerstörung des marxistischen Geschichtsbildes. Das schloß die Schließung der Zentren marxistischer Geschichtsforschung und die Entlassung ihrer Träger ein. Werner Röhr hat mit seinen Mitstreitern das Verdienst, daß er die hervorragenden Leistungen derjenigen würdigte, die die DDR-Geschichtswissenschaft begründeten und entwickelten: Ernst Engelberg, Walter Markov, Manfred Kossok und ihre Mitstreiter. Röhr enthüllt auch die hinterhältigen Methoden der modernen Inquisition.<sup>28</sup> Ich habe im „RotFuchs“ (Oktober 2012) die Arbeit Werner Röhrs unter dem Titel gewürdigt: „Ein Sieg ist noch kein Beweis der Wahrheit, eine Niederlage nicht deren Widerlegung.“ Wir könnten auch Richard von Weizsäcker (1987) zitieren: „Für den Sieger in einem demokratischen Kampf ist die Einsicht maßgeblich, daß mit seinem Sieg nicht seine Wahrheit besiegelt wird, sondern daß er den Auftrag hat, sich dem Test der praktischen Bewährung

zu stellen. Dem muß die Einsicht des Verlierers entsprechen, daß nicht seine Wahrheit widerlegt ist, sondern zunächst einmal die Demokratie gesiegt hat. Er behält die Chance, für seine Vorstellungen aufs neue zu kämpfen. Wie das Mandat zur Macht nur auf Zeit gegeben ist, so wird es prinzipiell auch nur auf Zeit entzogen. Das sind die Spielregeln. Sie sollten uns davor bewahren, den Kampf bis aufs Messer zu führen. Es geht nicht um Glaubenskriege im Namen ewiger Wahrheiten – die freilich auch nie durch Gewaltanwendung überzeugender geworden sind.“<sup>29</sup>

Warum haben sich die „Spielregeln“ nach 1990 geändert? In erster Linie, weil der Weltsozialismus eine verheerende Niederlage erlitten hat. Ich kann und muß hier nicht begründen, welchen positiven Einfluß der Sozialismus, auch die DDR, auf das Weltgeschehen ausgeübt hat. Jeder halbwegs wache Zeitgenosse weiß das. Wir haben aber nicht nur zu fragen, was wir in der DDR falsch gemacht haben, sondern auch, wo 1989 und danach der subjektive Faktor (die Tradition der Revolutionäre) geblieben ist.

Jeder weiß, daß es Funktionäre der SED gegeben hat und gibt, die jetzt wie weiland Pontius Pilatus beteuern, daß sie unschuldig sind und mit der DDR nichts am Hut hatten. Gregor Gysi ließ in seinen „Frechen Sprüchen“ abdrucken: „Die DDR, wie sie war, ist zu Recht gescheitert, denn sie war ineffizient, antidemokratisch und unökologisch. Bißchen viel auf einmal. Deshalb bin ich auch überhaupt nicht nostalgisch.“<sup>30</sup>

Welcher Staat würde die Ansprüche erfüllen, die Gysi an die DDR stellt? Statt einer Lektion über Staat und Recht zu halten, leihe ich mir ein Zitat von Konfuzius aus: „Meister, kann es in einer Demokratie Unrecht, Unterdrückung und Unmenschlichkeit geben?“ fragte ein Schüler. „Kann es eine wirkliche Demokratie geben?“, erwiderte Konfuzius.

Wir werden mit der Nase auf die Dialektik Demokratie – Sozialismus gestoßen, und damit auf die Pariser Kommune und ihre wichtigste Lehre: Der Ausweg aus dem Kapitalismus kann nur über die Diktatur des Proletariats führen. Kein Ereignis seit 1871 hat diese Erfahrung widerlegt. Und da sind nicht Lenin, Stalin oder Ulbricht schuld.

Wenn wir über die DDR urteilen, sollten wir die Haltung von Marx und Engels zur Kommune berücksichtigen. Marx wußte, daß die Kommune unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen entstand. Die Kommunarden waren für ihn „Himmelsstürmer“. Für Marx und Lenin lieferten die Erfahrungen der Kommune Bausteine für die marxistische Revolutionstheorie, die Fehler eingeschlossen. Alle Geier der Reaktion stürzten sich auf die Pariser Kommune, aber im Reichstag entrollte August Bebel die revolutionäre Standarte zu ihren Ehren, rühmte Rosa Luxemburg sie.

Könnte und müßte das nicht das Beispiel für die Haltung von „Linken“ zur DDR-Geschichte sein? Wie wäre es, wenn wir prüfen würden, wer im Bundestag die „revolutionäre Standarte“ der DDR entrollte?

Ich bat Anfang Juni 2013 Dr. Gregor Gysi, mir zu helfen, die Antwort zu finden. In seinem Auftrag schickte mir Dr. Lukrezia (Luc) Jochimsen am 25. Juli 2013 die Antwort und die Reden und Anträge von Abgeordneten der Linksfraction zum Thema „Aufarbeitung der SED-Diktatur“. In den letzten fünf Jahren äußerten sich zum Thema achtmal Dr. Lukrezia Jochimsen, dreimal Stefan Liebig, dreimal Volker Schneider, zweimal Dr. Gregor Gysi (zur „Stasi“-Problematik), zweimal Helena Wawzy-

niak, je einmal Ulrich Maurer, Rosemarie Hein, Dietmar Bartsch und Heidrun Dittrich.

Entscheidend ist natürlich nicht, wieviel Auftritte dieser oder jener Abgeordnete hatte, sondern wie er gegen die Verleumder der DDR aufgetreten ist. Die strategische Linie könnte mit dem Titel der Rede von Dr. Jochimsen am 25. Oktober 2010 vorgegeben sein: „JA zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit!“ Seit 1990 wissen „wir“, was der ideologische Gegner darunter versteht. Aber was versteht die PDS/Linksfraction darunter? Jetzt müßte ich Stellungnahmen „Linker“ zur Arbeitereinheit 1945, zum 17. Juni 1953 und zum 13. August 1961 zitieren, und wir müßten prüfen, ob und wie sich manche „Linke“ von „hysterischen Historikern“ unterscheiden. Es ist bitter festzustellen, daß manche das Maß an Verteufelung durch Totalitarismusforscher noch übertreffen. Ich habe zwei Stellen entdeckt, bei denen scheinbar eine Distanzierung vom Feind erfolgt. Stefan Liebig sagte am 28. Juni 2013 in seiner Protokollrede: „Gleichsetzung der Nazi-Diktatur mit der DDR sollten wir allerdings nicht betreiben. Leichenberge und Aktenberge – um einen Gedanken von Egon Bahr aufzugreifen – sind Unterschiede.“ Schau an! Ein uraltes geflügeltes Wort Bahrs hilft „Linken“, vor der Übertreibung der Gleichsetzung der „beiden Diktaturen“ zu warnen. Das ist wahrlich Mannesmut vor Fürstenthronen. Die zweite bemerkenswerte Stelle: Dietmar Bartsch sagte am 22. März 2013 „ganz deutlich“: „Die DDR ist nicht vom Himmel gefallen“, aber sie habe die „Gleichheit und Freiheit pervertiert“. Für den Sieg der Antihitlerkoalition, die „sowjetische Besatzung“ und den „Stalinismus“ könne sie jedoch nichts. Dem „Stalinismus“ der SED, den Hannah Arendt in der DDR nie entdeckt hat, haben manche „Linke“ abgeschworen. Und Stefan Liebig hielt es am 22. März 2013 für nötig, im Bundestag an den „Antistalinismus“-Konsens der PDS im Dezember 1989 zu erinnern: „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.“ *Welcher* Bruch mit *wem* ist in Wahrheit erfolgt? Ist die DDR nicht wie die Kommune zuerst ein Schatz von Erfahrungen, den es zu hüten und zu nutzen gilt? Ist das nicht unser Herzblut gewesen? Ein Kämpfer für die Sache des Sozialismus muß zuerst und vor allem die Politik und Errungenschaften der DDR würdigen, was nicht heißt, ihre Fehler und Mängel zu verschweigen.

In meinem Buch „Hysterische Historiker“<sup>31</sup> habe ich vorgeschlagen, die Thälmannsche Formel auf die Gegenwart anzuwenden: „Sage mir, wie du zur Sowjetunion stehst, und ich sage dir, zu welchem Lager du gehörst, zum Lager der Reaktion oder zum Lager der Sowjetunion.“ Heute ist unübersehbar: Das damalige Verbrechen des Antikommunismus mutierte zur Anti-DDR-Hetze. Helfen wir der Linkspartei, einen Damm gegen die Flut der Verleumdungen der DDR zu bauen! „Es rettet uns kein höh’res Wesen ...“

## Quellenangaben

- 1) Horst Schneider: „Erinnerungsschlacht“ ohne Ende. Berlin 2005
- 2) Siegerjustiz? Die politische Strafverfolgung infolge der deutschen Einheit. Berlin 2003; Erich Buchholz: Unrechtsstaat DDR? Rechtsstaat BRD? Ein Jurist antwortet. Berlin 2006; Friedrich Wolff: Einigkeit und Recht. Die DDR und die deutsche Justiz. Berlin 2005
- 3) Horst Schneider: Strasbourg verordnet „europäisches“ Geschichtsbild. Icarus 3/2011
- 4) Horst Schneider: Streitbar. Berlin 2012, S. 270 f.
- 5) Bundestagsdrucksache 17/12115
- 6) zitiert nach dem Redemanuskript Kurt Biedenkopfs, S. 20
- 7) „Alles beginnt mit einem Traum“. „Der Spiegel“ 29/2006, S. 105
- 8) „Der Spiegel“, 5/1997, S. 6
- 9) Sachwörterbuch der Geschichte, Band 1. Berlin 1969, S. 676
- 10) „Die Zeit“, 7. Oktober 1988
- 11) Richard von Weizsäcker: Die deutsche Geschichte geht weiter. Berlin 1983, S. 263
- 12) Derselbe: Brücken der Verständigung. Berlin 1990, S. 36
- 13) Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung 1995/97, S. 941
- 14) Werner Weidenfeld/Karl Rudolf Körte: Handwörterbuch der deutschen Einheit. Bonn 1992, S. 348 f.
- 15) Klaus Blessing/Manfred Manteuffel: Joachim Gauck – Der richtige Mann? Berlin 2013
- 16) zitiert nach dem Bundestagsprotokoll
- 17) Angela Merkel: Die DDR im Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Konrad-Adenauer-Stiftung 2003, S. 10
- 18) Horst Schneider: Das Hannah-Arendt-Institut im Widerstreit politischer Interessen. Berlin 2004, S. 71
- 19) Derselbe: Lügenbarone in Sachsen? Gegen den Zeitgeist. Schkeuditz o. J., S. 157 f.
- 20) Wolfgang Wippermann: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis zur Gegenwart. Darmstadt 1997
- 21) Horst Schneider: „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ – Leidvolle Wahrheit oder Lügengeschichte? Berlin 2008, meine Bibliographie in Streitbar, a. a. O., S. 385 f.
- 22) Hans Meier (Hrsg.): Totalitarismus und politische Religionen. Konzepte des Diktaturenvergleichs. München/Zürich 1996, S. 285
- 23) Jürgen Aretz und andere: Geschichtsbilder. Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945. Freiburg 2003, S. 14/15
- 24) Vgl. Eckhard Jesse: Eine Revolution und ihre Folgen. Berlin 2001  
Derselbe: Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Berlin 2006
- 25) Marx/Engels: Werke Bd. 3, S. 46
- 26) Ebenda Bd. 23, S. 21
- 27) Heinrich Heine: Atta Troll
- 28) Werner Röhr: Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR, Bd. I. Analyse einer Zerstörung. Berlin 2011  
Derselbe: Bd. 2. Analyse ausgewählter Forschungen. Berlin 2012
- 29) Richard von Weizsäcker: Rede im Bundestag am 10. November 1987. Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1987/118, S. 1015
- 30) Gregor Gysi: Freche Sprüche. Berlin, S. 65
- 31) Horst Schneider: Hysterische Historiker. Berlin 2012

\* Die von Horst Schneider genannten Fakten können aktualisiert und konkretisiert werden:

In einer Pressemitteilung der „Bundesstiftung Aufarbeitung“ vom 21.12.2016 wird aufgelistet, welche Summen für welchen Zweck zur Verfügung stehen. Die Bundesstiftung unterstützt im Jahr 2017 bundesweit 138 Projekte zur „Diktaturaufarbeitung“ mit rund 2,3 Millionen €! Dazu zählen Archivprojekte, Dokumentarfilme, Publikationen, Ausstellungen sowie Tagungen und Bildungsmaterialien. 23 Projekte davon wurden in den Vorjahren begonnen und werden 2017 weitergeführt. Die Arbeit der Verbände der „Opfer“ der SED-Diktatur wird mit 220 000 € gefördert. Die Bundesstiftung nimmt den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution zum Anlaß für den Schwerpunkt „Der Kommunismus: Utopie und Wirklichkeit“. In diesem Rahmen werden bundesweit 23 Projekte zur Geschichte des Kommunismus mit insgesamt rund 483 000 (!) € unterstützt. Die Münchner Volkshochschule plant unter dem Titel „Rußlandkomplex – 100 Jahre nach der Russischen Revolution“ mehrere Veranstaltungsreihen zum Thema. Eine Filmreihe im Rahmen des Leipziger DOK-Filmfestivals mit begleitenden Podiumsdiskussionen widmet sich der Darstellung „kommunistischer Herrschaft“ im Film. Drei Dokumentarfilme sollen sich befassen mit dem „Mythos“ der Oktoberrevolution, dem „Terror“ der sowjetischen Geheimpolizei und ihren Opfern sowie dem Einfluß der Revolution auf die deutsche Arbeiterklasse. Darüber hinaus sind zahlreiche Veranstaltungen geplant, etwa eine Tagung der Deutschen Gesellschaft e.V. zum totalitären Erbe der Oktoberrevolution sowie eine Veranstaltungsreihe des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, die der Frage nachgehen wird, „was vom Kommunismus im 21. Jahrhundert bleibt“. Hinzu kommen weitere Tagungen, Ausstellungen und Publikationen ...

# Erkenntnis oder Delegitimierung?

Zur Lage der Forschung über die DDR. Ein offener Brief an Ulrich Mählert, den Herausgeber des Sammelbandes „Die DDR als Chance“

*Wir dokumentieren im folgenden einen offenen Brief des italienischen Ökonomen Vladimiro Giacché, dem Leiter des Centro Europa Ricerche in Rom, an Ulrich Mählert, den Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“.*

Sehr geehrter Prof. Mählert,

ich will zunächst meine Dankbarkeit für das von Ihnen herausgegebene Buch „Die DDR als Chance“ aussprechen. Es handelt sich um ein sehr lobenswertes Werk, bietet es doch die Gelegenheit, durch die Beiträge verschiedener Geschichtswissenschaftler die Lage der DDR-Forschung zur Kenntnis zu nehmen. Das ist ein guter Ausgangspunkt, um eine offene Debatte über deren Aussichten zu beginnen.

Diese Zeilen sind mein persönlicher Beitrag zu dieser Debatte. Sie folgen einem besonderen Gesichtspunkt: Ich bin in der Tat kein Deutscher (obwohl ich mein Studium teilweise in Bochum vollbracht habe) und auch kein Geschichtswissenschaftler von Beruf. Ich bin im Finanzbereich tätig und Vorsitzender eines ökonomischen Forschungszentrums in Rom. Vor einigen Jahren habe ich ein Buch über die in Ihrer Publikation als „Transformationsphase“ (S. 26 f.) bezeichnete Zeit verfaßt. Darin habe ich versucht, eine Frage zu beantworten, die auch im Beitrag von Eckhard Jesse zu finden ist: „Zu den Folgen der friedlichen Revolution zählt die schnelle deutsche Einheit. Welche Faktoren – und in welcher Gewichtung – trugen dazu bei: ökonomische, (außen-)politische, kulturelle?“ (S. 127). Meine Antwort lautet: hauptsächlich der ökonomische Faktor, genauer der währungspolitische. Die Währungsunion hat die deutsche Einheit enorm beschleunigt, aber zugleich ist sie, ihrer Modalitäten (Wechselkurs) und abrupten Verwirklichung wegen, eine bedeutende Ursache der noch fortwährenden ökonomischen Probleme, die die sogenannten neuen Bundesländer belasten. Insofern kann man aus der deutschen Währungsunion auch wichtige Lehren für das Verständnis der heutigen Probleme der europäischen Währungsunion ziehen.

Aber ich schreibe nicht, um von meinem Buch zu sprechen, sondern um Ihnen einige Überlegungen zu übermitteln, die „Die DDR als Chance“ ausgelöst hat. Das von Ihnen herausgegebene Buch ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie die Auseinandersetzung mit der neueren Geschichte die große Fragen und Probleme der historischen Methodologie thematisieren kann.

## Probleme des Diktaturbegriffs

Ein ernstes Problem, im Fall der kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR, ist schon das der Definition. In Ihrem einleitenden Beitrag bemerken Sie richtig: „Für einige gesellschaftliche Protagonisten der SED-Aufarbeitung war und ist es unerträglich, wenn der DDR ein anderes Etikett als ‚Unrechtsstaat‘ angeheftet wird.“ (S. 15) Ich habe damit im Einklang auch einige Überlegungen von Jürgen Kocka gefunden (S. 132 f.) sowie seine Erwähnung der Stellungnahme von Ernst-Wolfgang Böckenförde („Rechtsstaat oder Unrechtsstaat“, FAZ vom 12. 5. 2015). Ich bin aber der Meinung, daß

wir es hier mit einem allgemeineren Problem zu tun haben, nämlich mit der Tauglichkeit bzw. Zulänglichkeit des „Diktatur“-Begriffes als Definition und damit als Ausgangspunkt für das Verständnis der DDR als Objekt der historischen Betrachtung (Definieren heißt immer Ab- und Eingrenzen, etwas innerhalb bestimmter Rahmen einzuschließen). Nun, der definitorische und begriffsbildende Gebrauch des Wortes „Diktatur“ hat schwerwiegende methodologische Voraussetzungen, angefangen bei der zentralen Bedeutung der politischen Struktur für die Definition einer Gesellschaft (Marxisten hätten etwas dagegen zu sagen, Strukturalisten vermutlich auch).

Ebenso fraglich ist der politische Zweck des Gebrauchs des genannten Begriffs als offizielle und einzige angemessene Definition der DDR, geht es doch darum, diesen Staat zu „delegitimieren“. Es ist bekanntlich dasselbe Ziel, das der ehemalige Justizminister Klaus Kinkel der Justiz gegeben hatte. Ein solches wird nicht zufällig von Thomas Großbölting in seinem Beitrag als eines der Hauptziele der DDR-Forschung in den Jahren nach der Vereinigung erwähnt (S. 101). Es ist aber sehr zweifelhaft, ob die Aufgabe der historischen Forschung die Delegitimation des beforschten Objektes sein kann; ich bin geneigt zu sagen, daß ihre Aufgabe dessen Erkenntnis ist.

Der ständige, sogar rituelle Gebrauch des Diktaturbegriffs („SED-Diktatur“) im Fall der DDR ist besonders für Ausländer befremdend. Man ist nicht gewohnt von „PVAP-Diktatur“ in Polen sprechen zu hören oder von „KPdSU-Diktatur“ in der Sowjetunion, etc.

Was die Ideengeschichte betrifft, ist es von Interesse zu bemerken, wie das Ende der DDR von der Wiederbelebung jenes Begriffs des Totalitarismus begleitet wurde, der in den sechziger Jahren an Einfluß verloren hatte (so Arnd Bauerkämper, S. 75). Aber, wie von Bernd Faulenbach bemerkt: „Inwieweit die Totalitarismustheorie, die in den frühen 1990er Jahren ein Revival erlebte, geeignet ist, die DDR zu erfassen, war schon in der Bundestags-Enquetekommission 1993 zwischen Horst Möller auf der einen und Jürgen Kocka auf der anderen Seite umstritten“ (S. 80). Ich glaube, daß der Totalitarismusbegriff eben am Beispiel der DDR-Forschung gescheitert ist. In dieser Richtung ist auch eine Aussage Kockas in Ihrem Buch zu deuten (siehe S. 133).

Sind wir daher sicher, daß die Forschung über die Geschichte der DDR in erster Linie deswegen wichtig sei, weil sie „einen Beitrag zur Geschichte von Diktaturen als ‚Erfahrungsgeschichte‘“ leistet (Katrin Hammerstein und Edgar Wolfrum, S. 115), oder daß die „historische Asymmetrie“ zwischen BRD und DDR „auch normativ vorhanden“ sei und es deshalb „um Demokratie und Diktatur“ (S. 119) gehe? Ich bin demgegenüber eher skeptisch.

Der totalisierende Begriff von Diktatur hat aber nicht nur die geschichtliche Forschung geprägt (und auf dieser Ebene schwere Folgen mit sich gebracht), sein Gebrauch und die damit verbundene pauschale Ablehnung jedes Aspektes des Soziallebens in der DDR haben auch dazu beigetragen, die Integration der DDR-Bürger zu erschweren und eine Art Ausgrenzungsgefühl zu verbreiten (nicht ohne groteske Zuspitzungen; man denke etwa an die berüchtigte „Verzweigungsthese“ Arnulf Barings, die in Ihrem Buch berechtigterweise von Peter Steinbach angegriffen wird, S. 193).

Ich finde u. a. auch deswegen Martin Sabrows Gebrauch nietzscheanischer Kategorien, die er für eine Charakterisierung der verschiedenen Betrachtungen zur Geschichte der DDR benutzt, faszinierend; wobei die von der SED selbst genährte „monumentalische Historiographie“ durch ihr Gegenteil ersetzt wurde, und zwar durch eine „kritische Geschichtsschreibung, die in erster Linie auf Verurteilung der Vergangenheit abzielt und deren Erinnerungswert auf ihren Untergang beschränkt“; Sabrow ist der Meinung, daß auch diese zweite Art Geschichtsschreibung sich „in der Folgezeit als wissenschaftlich steril“ erwiesen habe (S. 181).

### Einseitige Ausrichtung

Ein gutes Beispiel für die Schranken des „kritischen“ Ansatzes ist die sehr üppige Bibliographie über die Geheimdienste der DDR. Die Forschung zu diesen war, durch die „fast ohne jede Sperrfrist einsehbar Akten“ begünstigt, der „Klondike der zeithistorischen Forschung“ (S. 10), was zweifellos fernsehtaugliche „Sensationsentdeckungen“ ermöglichte. Hier ist eine einseitige Historiographie entstanden, die auf einem äußerst asymmetrischen Quellenzugang basiert, da die Akten der westlichen Geheimdienste lange Zeit geheim waren und in nicht unerheblichem Maße noch heute geheim sind. Es ist natürlich leicht, die Sicherheitsmaßnahmen der DDR als „paranoid“ zu bezeichnen. Aber eine gewisse Umsicht würde Zurückhaltung empfehlen, zumindest bis zum Zugang zu den Akten des westlichen „Vetters“ des MfS. Die Stasi-Allgegenwärtigkeit, die die posthume Behandlung der Geschichte der DDR charakterisiert hat, ist zweifellos politisch und in bestimmten Fällen auch menschlich zu verstehen. Die durch das Bevorzugen dieser „geheimdienstlichen“ Dimension der DDR-Geschichte entstehenden Verzerrungen sind gut im von Dierk Hoffmann, Michael Schwartz und Herrmann Wentker verfaßten Artikel belegt. Die Autoren stellen zu Recht fest: Es „wären sozial- und kulturgeschichtliche Studien zur Professorenenschaft nach 1971, zu den Lehrern an den Polytechnischen und Erweiterten Oberschulen und zu den Ärzten in den Krankenhäusern der entwickelten DDR, die bisher vornehmlich im Hinblick auf ihre Stasi-Verstrickungen untersucht worden sind, von erheblichem Interesse“ (S. 33). Und wenn Martin Sabrow die Bundesstiftung Aufarbeitung dafür lobt, „zwanzig Jahre später die Aufmerksamkeit der Forschung stärker auf die SED statt auf das MfS zu lenken“ (S. 184), bin ich gar nicht sicher, daß es sich um ein echtes Lob handelt ...

Dieser Aspekt ist äußerst wichtig, und nicht nur um eines geschichtsmethodologischen Standpunktes willen. Im Grunde genommen handelt es sich um dasselbe Problem wie das in Mary Fulbrooks Aufsatz behandelte, wobei die englische Historikerin gegen Hoffmann, Schwartz und Wentker den Vorwurf erhebt, einen normativen Gesichtspunkt vorzuschlagen, nach dem das Normalitätskriterium Westdeutschland sei. Wie auch immer ihr Vorwurf zu beurteilen sei, sie hat recht, wenn sie die folgende Voraussetzung für problematisch hält: „Es gibt einfach keine nicht-normative bzw. absolute Definition dessen, was als gesellschaftliche ‚Normalität‘ beschrieben werden könnte“ (S. 90).

Sich so zu äußern, heißt weder den Werturteilen jede Legitimation zu entziehen noch alle Gesellschaften gleichzusetzen. Es heißt etwas anderes: Die Werturteile sollen nach der Erkenntnis kommen und nicht die Erkenntnis behindern (einige wohlbekannte Urteile von Hans-Ulrich Wehler sind m. E. ein gutes Beispiel der exzessiven Vereinfachungen, die das Überwiegen von Werturteilen mit sich bringt: jene „Engführung von Wissenschaft, Politik und Moral“, die Sabrow berechtigt als besorgniserregend betrachtet [S. 184]). Um es wieder mit Sabrow auszusprechen: „Zeitgeschichte als wissenschaftliche Disziplin ist keine moralische Anstalt. Sie dient weder der volkspädagogischen Belehrung noch der geschichtspolitischen Genugtuung,

sondern der historischen Erkenntnisgewinnung. Es scheint mir, daß gerade der Verzicht auf diese klare Grenzziehung die DDR-Geschichte zu einem Problemfall des Faches zu machen droht und in die Gated community einer fachlichen Selbstgenügsamkeit schickt“ (S. 183). Es ist kein Zufall, wie ich glaube, wenn auf diese Textstelle ein „Plädoyer für ein entschlossenes Streben nach Entlassung der DDR-Forschung aus allen konjunkturstützenden Maßnahmen außerwissenschaftlicher Akteure“ (S. 183) folgt.

Die DDR ist schon seit mehr als 25 Jahren Vergangenheit. Dieser zeitliche Abstand sollte einen „Sine ira et studio“-Ansatz (*Ohne Zorn und Eifer*) zum Thema ermöglichen. Auf dieser Möglichkeit beruht, zumindest teilweise, was Sie mit Recht als das „beachtliche Forschungspotential“ der DDR betrachten (S. 21).

### Forschungsdesiderate

Was die Felder betrifft, die noch zu erforschen sind, kann meine Meinung wie folgt zusammengefaßt werden.

Zuerst möchte ich aber festhalten, daß ich nicht mit Eckhard Jesses Meinung einverstanden bin, daß „weniger Deskription, mehr Interpretation“ die richtige Parole sei (S. 129). Es fehlen uns noch sehr viele Deskriptionen, wobei viele laufende Interpretationen unzureichend begründet scheinen.

Ich versuche, einige Argumente vorzubringen, die teils im Einklang mit Vorschlägen stehen, die das von Ihnen herausgegebene Buch enthält.

– Die DDR im Verhältnis mit anderen sozialistischen Ländern und Bewegungen als Teil der Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert aufgefaßt: In dieser Hinsicht bin ich mit Ihren Bemerkungen einverstanden (S. 18) sowie mit Bernd Faulenbach (S. 82). Ich teile auch die von M. Müller-Zetzsche und Ulrich Pfeil ausgedrückte Meinung, daß „die DDR-Forschung im Rahmen eines transnationalen Ansatzes ein fruchtbares Feld für eine vergleichende Kommunismusforschung werden“ könnte (S. 163).

– Mit großem Interesse habe ich auch den Vorschlag von Matthias Middell aufgenommen, die Geschichte der DDR als Teil einer „roten Globalisierung“ (S. 150 f.) zu betrachten, sowie seine faszinierende theoretische Voraussetzung: die Idee einer pluralen Globalisierung, d. h. die Anwendung verschiedener Internationalisierungsmodelle; eine Idee, die der vorherrschenden Philosophie der Geschichte widerspricht, die die Globalisierung als Einbahnstraße betrachtet (S. 152 f.).

– Von Interesse ist auch der Vorschlag, die Geschichte der DDR noch stärker in den Kontext der europäischen Geschichte zu stellen (Bernd Faulenbach, S. 79), und damit in den Kontext der Geschichte des 20. Jahrhunderts (Andrew Port, S. 167); der von Andrew Port gegen die DDR-Historiographie erhobene Provinzialismuskritik (ebd.) ist überlegenswert, wenn man ihn nicht undifferenziert anwendet. Es ist durchaus verständlich, daß Teile der politischen bzw. intellektuellen Welt der BRD die Gelegenheit einer endgültigen Abrechnung mit der DDR als eine Priorität aufgefaßt haben. Das macht aber die entsprechenden geschichtswissenschaftlichen (oder besser publizistischen) Beiträge nicht besser.

– Mehr Aufmerksamkeit sollte auf das soziale Leben in der DDR gerichtet werden. Die im Buch erwähnte Behandlung (nur) des Themas „Flucht aus der DDR“ in der Doppeljahrgangsstufe 7/8 (Hoffmann, Schwartz und Wentker, S. 66) ist unbewußt paradigmatisch: Sehr oft wird der Flucht aus der DDR mehr Aufmerksamkeit gewidmet als dem Leben in der DDR.

– Vor dem Hintergrund meines überwiegenden Interesses für ökonomische Prozesse finde ich, daß unter den sozialen Akteuren die Staatliche Plankommission (SPK) mehr Aufmerksamkeit verdient, wie von Hoffmann, Schwartz und Wentker vorgeschlagen (S. 28 f.), und

im allgemeinen die Wirtschaftsverwaltung, wie Thomas Großbölting meint (S. 102). Hinzuzufügen wären auch die Kombi- bzw. VEB-Manager. Ihre nicht so zahlreichen Erinnerungen sind manchmal äußerst interessant – zwei gute Beispiele dafür sind die Bücher von Karl Döring („EKO – Stahl für die DDR, Stahl für die Welt“, Edition Berolina, Berlin 2015) und Werner Bahmann („Gewonnen, und doch verloren. Erinnerungen eines DDR-Chefkonstruktors oder warum die Berliner Werkzeugmaschinenfabrik von der Hamburger Körber AG liquidiert worden ist“, Verlag am Park, Berlin 2008). Dieses Genre kann m. E. wichtige Beiträge zur Erkenntnis der ökonomischen und sozialen Lage der DDR im Laufe der Jahrzehnte leisten. Übrigens wird die Forderung, „die Lenkung der DDR-Wirtschaft nicht nur aus der Perspektive der Zentrale zu betrachten, sondern auch ‚von unten‘, also aus der Perspektive der Kombinate und Volkseigenen Betriebe“, ausdrücklich von Hoffmann, Schwartz und Wentker hervorgehoben (S. 37). Es würde sich m. E. lohnen, soziologische Forschungen zu diesen eigenartigen „Managern“ anzustellen, die zu oft im vereinten Deutschland vernachlässigt – wenn nicht verachtet – worden sind. Wer waren sie? Was war ihre soziale Herkunft? Was haben ihre Lebensläufe gemeinsam? Und welche Tätigkeiten haben sie nach der Vereinigung ausgeführt? – Viele ehemalige DDR-Bürger haben ihre Lebenserfahrung nach dem Ende der DDR aufgearbeitet, und zwar beim Schreiben. Wie ich erfahren habe, gibt es sogar Vereine, die sich damit beschäftigen (so etwas ist in Italien undenkbar). Diese Memoiren können ein sehr wichtiges Material für die Historiker sein und sollten gefördert, aufbewahrt und genutzt werden. Man sollte sich zwar immer bewußt sein, daß die geschichtliche Tragweite solcher Memoiren ihre Grenzen hat und sie die geschichtliche Forschung nicht ersetzen können. Sie können aber einen sehr wichtigen Beitrag dazu leisten. Nur ein Beispiel dafür: Die Bücher Edgard Mosts (vor allem: „Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals. Gibt es einen Dritten Weg?“ Das Neue Berlin, Berlin 2009) und das Buch von Friedrich-Wilhelm Tuttlies („Zwischen Plan- und Marktwirtschaft. Die DDR-Finzen und was aus ihnen wurde“, Das Neue Berlin, Berlin 2013) schildern das Finanzwesen der DDR und seine Entwicklung alles andere als glatt und eindimensional.

– Was für den persönlichen Lebenslauf gilt, gilt auch für die Geschichte der Betriebe: Die von Hoffmann, Schwartz und Wentker angestellten Betrachtungen über die Archive sind in diesem Zusammenhang wichtig: „Besonderes Augenmerk sollte den Archiven der im Zuge des Privatisierungsprozesses nach 1990 liquidierten volkseigenen Betriebe gewidmet werden. Diese lagern derzeit noch – im Zuständigkeitsbereich der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) – in Großbeeren (ca. 180 laufende Aktenkilometer). Hier ist eine gemeinsame Kraftanstrengung erforderlich, damit diese Akten nicht verlorengehen“ (S. 68 f.). Auch darüber hinaus, jenseits der Geschichte der einzelnen Kombinate bzw. Betriebe, scheint es mir, daß allgemeine Studien über die Funktionsweise und Beschaffenheit der Betriebe, ihre organisatorischen Modelle sowie über die Verhältnisse unter Managern und Arbeitern usw. noch fehlen. Ich glaube, daß die Forschung in dieser Richtung auch der von Dorothee Widerling empfohlenen Beforschung des informellen Sektors der DDR-Wirtschaft (S. 210) vorgezogen werden sollte – und nicht nur, weil die letztere eigenartige Schwierigkeiten mit sich bringt.

## Ökonomische Reformen

– Der Schwerpunkt meiner heutigen Forschungsinteressen ist vorwiegend volkswirtschaftlich. Er betrifft die wirtschaftliche Entwicklung der DDR, besonders das Neue ökonomische System der Planung und Leitung. Die ökonomischen Reformen der sechziger Jahren werden von Bernd Faulenbach erwähnt: Er betont u. a., daß sie „Ansatzpunkte

für weitere Forschungen“ bieten (S. 83). Ein möglicher, meiner Meinung nach sehr wichtiger Ansatz wäre ein Vergleich der verschiedenen Reformansätze in den osteuropäischen Ländern (die Sowjetunion eingeschlossen).

– Was das Thema „DDR als Sozialstaat“ betrifft, bin ich mit den Betrachtungen von Hoffmann, Schwartz und Wentker einig. In dieser Hinsicht halte ich u. a. deren Feststellung für wichtig, daß trotz der fortwährenden Konsensabnahme „die von der SED propagierten sozialen Errungenschaften die Erwartungshaltungen der Bevölkerung über das Jahr 1989/90 hinaus“ (S. 59) prägten.

– Ganz wichtig ist Jürgen Kockas Beobachtung, ein bedeutendes Merkmal der DDR gegenüber den anderen sozialistischen Ländern sei darin zu finden, daß die DDR auch „der Versuch war, dieses alternative Modell in einem zwar durch vorangehende Katastrophen und fortdauernde Fremdherrschaft beeinträchtigten, aber ökonomisch, sozial und kulturell wie wissenschaftlich höchst modernen Land zu verwirklichen. Dadurch unterschied sich die DDR von den meisten anderen staatssozialistisch-kommunistischen Ländern“ (S. 136). Das verleiht der Forschung über die DDR-Volkswirtschaft eine besondere Bedeutung im Kontext der Forschung über den „realen Sozialismus“, eine Forschung, die sich endlich von der historischen Teleologie befreien sollte. Diese Forderung hat Martin Sabrow in Form einer Frage formuliert: „Mit welchen Mitteln begegnet die DDR-Geschichtsschreibung der teleologischen Sogkraft, die allen historischen Umbrüchen innewohnt und auch die DDR-Geschichte allein von ihrem Ende her zu denken drängt?“ (S. 187)

Am Ende meines Briefes will ich einige Zeilen der „Transformationsphase“ widmen, eine Phase, die am meisten unsere Gegenwart anspricht. Im Buch erinnert man zu Recht an die „langfristigen Folgen der Privatisierung“ (S. 61). Die Geschichte der Privatisierung der DDR-Ökonomie durch die Treuhandanstalt kann noch viel lehren. Ich habe in einem Beitrag versucht, einige mögliche Lehren zu ziehen („Learning from past Privatizations: The Case of Treuhandanstalt [Germany 1990–1994]“, in: The PB Report 2014/2015. Privatization Barometer, S. 33–37). Was die Treuhandanstalt betrifft, hat sie zweifellos sehr viel Aufmerksamkeit von Historikern (sowie von Journalisten) auf sich gezogen. Aber zu Recht wird im Buch erwähnt, daß die entsprechenden Akten größtenteils noch nicht zugänglich sind (S. 61, Fußnote 111). Die Forschung muß hier noch bis zum Ablauf der 30jährigen Sperrfrist warten.

Die Treuhandanstalt, in den letzten Jahren als Muster für Griechenlands Privatisierung vorgeschlagen, ist ein sehr gutes Beispiel für die Tragweite der Vorgänge des deutschen Vereinigungsprozesses. Das andere Beispiel ist die Währungsunion, deren Folgen zu erforschen sind – auch in Hinblick auf das zweite und größere derartige Experiment, den 1999 eingeführten Euro.

Es liegt auf der Hand, daß viele in Ihrem Buch behandelte Themen eine fortwährende Bedeutung haben. Ihr Buch hat mir Anlaß gegeben, darüber nachzudenken. Dafür möchte ich mich bei Ihnen nochmals bedanken.

**Hochachtungsvoll  
Vladimiro Giacché**

Rom, den 2. 11. 2016

*Ulrich Mähler (Hg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema. Herausgegeben im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Metropol-Verlag, Berlin 2016, 220 S., 19,60 €*

*Vladimiro Giacché: Anschluß – die deutsche Vereinigung und die Zukunft Europas. Laika-Verlag, Hamburg 2014, 168 S., 22 €*



[www.rotfuchs.net](http://www.rotfuchs.net)

Beilage zum „RotFuchs“ Nr. 234 (Juli 2017)  
Layout: Wolfgang Metzger / Rüdiger Serinek

**Titelbild:**

Walter Womackas Fensterbild am ehemaligen Staatsratsgebäude der DDR in Berlin, dem heutigen Sitz der European School for Management and Technology

